

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hauser (Krefeld), Dr. Zeitel, Dr. Dollinger,
Schmidhuber und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU**

— Drucksache 8/901 —

Bericht über die Lage der freien Berufe

A. Problem

Erhaltung und Stärkung der freien Berufe als wichtige Säule einer offenen, freien und sozialverpflichteten Gesellschaft.

B. Lösung

Ersuchen an die Bundesregierung, binnen eines Jahres einen Bericht über die Lage der freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen.

Einmütigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

die Bundesregierung zu ersuchen, dem Deutschen Bundestag binnen eines Jahres einen Bericht über die Lage der freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen, in dem

1. die freien Berufe von anderen Gruppen der Erwerbstätigen abgegrenzt werden,
2. Aussagen über die Zahl der Angehörigen einzelner Gruppen der freien Berufe, ihrer Arbeitnehmer und Auszubildenden auf der Grundlage vorhandenen statistischen Materials gemacht werden,
3. über neuere Entwicklungen des Berufs- und Standesrechts berichtet wird,
4. der Stand der Regelungen zur Verwirklichung der freien Niederlassung von Angehörigen der freien Berufe im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften dargelegt wird,
5. Aussagen über die Freiheit der Berufswahl und der Berufsausübung (Artikel 12 GG) in bezug auf die freien Berufe enthalten sind,
6. Funktion sowie wirtschaftliche und soziale Bedeutung der freien Berufe in unserem demokratischen und sozialen Rechtsstaat dargelegt werden, insbesondere in bezug auf die marktwirtschaftliche Ordnung,
7. Erkenntnisse über Nebentätigkeiten Angehöriger des öffentlichen Dienstes (in Bund, Ländern und Gemeinden) in Tätigkeitsbereichen freier Berufe dargelegt werden,
8. untersucht wird, inwieweit in bestimmten Bereichen (Bauplanung) von der öffentlichen Hand Aufträge verstärkt an Angehörige der freien Berufe vergeben werden könnten,
9. die Krankheits-, Alters- und Hinterbliebenenversorgung der freien Berufe im Vergleich zu der der anderen Selbständigen sowie der Arbeitnehmer im privaten und öffentlichen Bereich in bezug auf ihre unterschiedliche steuerliche Belastung geprüft wird,
10. über die Förderung der freien Berufe durch Bund und Länder berichtet wird.

Bonn, den 31. Mai 1978

Der Ausschuß für Wirtschaft

Dr. Barzel	Dr. Schachtschabel	Schmidhuber
Vorsitzender	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Dr. Schachtschabel und Schmidhuber**I.**

Der Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — Drucksache 8/901 — wurde vom Deutschen Bundestag in seiner 44. Sitzung am 29. September 1977 beraten und an den Ausschuß für Wirtschaft federführend sowie an den Finanzausschuß und den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung mitberatend überwiesen.

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung vom 14. Dezember seine Beratung auf Ziffer 8 des Antrages beschränkt. Die Mehrheit des Finanzausschusses hält die generelle Fragestellung nicht für geeignet, um eine Aufklärung über die steuerliche Behandlung der freien Berufe zu erhalten, weil die berufliche und einkommensmäßige Situation im Bereich der freien Berufe und die Art der Alterseinkünfte (Vermögensertrag oder Vermögensverzehr) sehr unterschiedlich sind.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung vom 23. November 1977 seine Beratungen auf die Punkte 3, 6 und 8 des Antrages beschränkt. Dabei wurde von den Mitgliedern der Fraktion der SPD und FDP ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit dieses Berichts haben, sich aber einem Berichtersuchen nicht in den Weg stellen wollen. Die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU sprachen sich dafür aus, dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft die Billigung des Antrages — Drucksache 8/901 — zu empfehlen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag am 19. April und 31. Mai 1978 beraten. Am 19. April wurde eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Abgeordneten Schmidhuber zur Vorbereitung der Empfehlung des Ausschusses an das Plenum des Bundestages eingesetzt, die letztmalig am 11. Mai 1978 getagt hat.

II.

Der Antrag der CDU/CSU verfolgt das Ziel, durch das Ersuchen an die Bundesregierung einen Bericht über die Lage der freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen, die Wichtigkeit der freien Berufe für eine offene, freie und sozialverpflichtete Gesellschaft zu verdeutlichen. Nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion ist die Grundordnung der sozialen Marktwirtschaft eine wesentliche Voraussetzung für die freiheitliche Entfaltung und das Überleben der freien Berufe. Ihnen fiele in unserer Gesellschaft eine entscheidende Rolle zu. Ihr Schicksal hänge entscheidend davon ab, in welchem Maße und in welcher Form sie, die freien Berufe, ihrer Aufgabe gerecht werden könnten. Die CDU/CSU vertritt die Meinung, daß die freien Berufe ihren gesellschaftspolitischen Auftrag darin sehen, ordnungspolitisch zu denken und zu arbeiten, um als dynamische und kreative Gesellschaftsgruppe ihren Beitrag für die Freiheit und das Wohlergehen der Bürger zu leisten. Die Bundesregierung solle Gelegenheit erhalten, ihre Position zu klären und die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit die freien Berufe in unserer Gesellschaft ihre Funktion auch künftig erfüllen könnten.

Der Ausschuß für Wirtschaft vertritt ebenfalls die Auffassung, daß angesichts der gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland die Erstattung eines Berichtes über die Lage der freien Berufe für die zukünftige parlamentarische Arbeit in verschiedensten Sachbereichen erforderlich sei.

Namens des Ausschusses für Wirtschaft bitten wir das Hohe Haus, den Antrag in der im Ausschuß verabschiedeten ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Bonn, den 31. Mai 1978

Dr. Schachtschabel Schmidhuber

Berichterstatter

